

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2016 / 2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08260

Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 09.05.2017

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Bekanntgabe

Anlass	Das Referat für Arbeit und Wirtschaft berichtet dem Stadtrat in regelmäßigen Abständen über die Aktivitäten der städtischen Dienststellen im Städtenetzwerk EUROCITIES.
Inhalt	In der Vorlage wird ein Überblick über das Engagement der städtischen Dienststellen im EUROCITIES-Netzwerk 2016 gegeben. Im Anschluss daran steht ein Ausblick auf 2017.
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Europa EUROCITIES Städtenetzwerk
Ortsangabe	-/-

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2016 / 2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08260

Vorblatt zur Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 09.05.2017

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	
1. Einleitung	1
2. Allgemeines	1
2.1 Mitwirkung der Stadt an EUROCITIES-Stellungnahmen	3
2.2 Mitarbeit in EUROCITIES-Foren und Arbeitsgruppen	5
2.3 EUROCITIES Jahrestagung 2016 in Mailand	19
3. Für 2017 geplante Aktivitäten in Foren und Arbeitsgruppen in München	21
4. Ausblick	21
II. Bekanntgegeben	21

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2016 / 2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08260

4 Anlagen

Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 09.05.2017

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Einleitung

Seit 1992 ist die Landeshauptstadt Mitglied im europäischen Städtenetzwerk EUROCI-TIES. München nutzt das europäische Netzwerk der großen Städte des Kontinents, um städtische Positionen in den europäischen Politikprozess einfließen zu lassen. Hier erweist sich der gute und direkte Draht des Netzwerkes zu Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments als außerordentlich hilfreich.

Im Rahmen der von der Europäischen Kommission entwickelten Strategie „Urbane Agen-da“ verfolgt EUROCITIES den Prozess der Weiterentwicklung des europäischen Institu-tionengefüges und setzt sich dafür ein, den Städten eine stärkere Mitwirkungsfunktion als bislang zu geben.

Neben der Lobbyingfunktion für kommunale Belange informiert EUROCITIES seine Mit-glieder über aktuelle Entwicklungen der europäischen Gesetzgebung und über politische Initiativen der europäischen Organe mit Relevanz für die Kommunen. Es bietet ferner eine Plattform zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch für seine derzeit über 130 Mit-gliedsstädte in 36 Ländern. Eine Übersicht über die EUROCITIES-Mitglieder gibt Anlage 1. Die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt München wird durch das Referat für Arbeit und Wirtschaft betreut. An den verschiedenen Foren arbeiten neben dem Referat für Ar-beit und Wirtschaft das Sozialreferat, das Referat für Bauordnung und Stadtplanung, das Referat für Bildung und Sport, das Referat für Gesundheit und Umwelt, der Abfallwirt-schaftsbetrieb München sowie das Kulturreferat aktiv mit. Im Folgenden wird der Stadtrat über das Engagement der städtischen Dienststellen und die Bedeutung des Städtenetz-werkes für die Arbeit der Landeshauptstadt informiert.

2. Allgemeines

Vor 30 Jahren wurde EUROCITIES von den Städten Barcelona, Birmingham, Frankfurt und Mailand gegründet. EUROCITIES feierte zu Beginn der Jahresversammlung 2016 in Mailand dieses Jubiläum.

Turnusgemäß hat die Oberbürgermeisterin von Nantes, Johanna Rolland, ihr Amt als Präsidentin zum Jahresende 2016 niedergelegt. Als ihr Nachfolger wurde der Oberbürgermeister der Stadt Gent, Daniel Termont, gewählt. Die Vize-Präsidentin stellt mit Karin Wanggard die Stadt Stockholm.

Bei den Wahlen zum EUROCITIES Exekutivkomitee wurden die Städte Nantes, Warschau und Wien wiedergewählt. Einen Überblick über die aktuelle Zusammensetzung des Exekutiv-Komitees gibt Anlage 2.

2016 sind folgende Städte dem Netzwerk neu beigetreten:

Braga, Kiel, Stuttgart und Leeds.

Die türkischen Städte Bakirkoy, Bursa und Sanliurfa sowie das italienische Salerno haben ihre Mitgliedschaft bei EUROCITIES beendet.

Auch im siebten Jahr konnte der EUROCITIES-Mitgliedsbeitrag konstant gehalten werden, was v. a. der Senkung der Personalkosten zu verdanken war.

Die inhaltliche Ausrichtung des Netzwerkes wird wie in 2016 in den nächsten Jahren von der Umsetzung der Urbanen Agenda geprägt sein, die den Städten die historische Chance bietet, ihre Position im europäischen Politikprozess zu verbessern. Weitere Schwerpunkte bilden die Fortentwicklung der Gesetzgebung zum europäischen Kreislaufwirtschaftsgesetz und die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten in die lokalen Stadtgesellschaften.

Umsetzung der Urbanen Agenda

Mit der Urbanen Agenda möchte die Europäische Kommission ihr Gesetzgebungsverfahren effizienter ausgestalten und dabei das Wissen und die Expertise der Städte einbeziehen. Konkret geht es um eine Stärkung der Zusammenarbeit der europäischen Institutionen mit den Städten, mit dem Ziel europäische Politikprozesse transparenter und bürger-näher auszugestalten. 2016 begann die Europäische Kommission die Urbane Agenda umzusetzen und entsprechende „Partnerschaften“ - thematische Arbeitsgruppen bestehend aus Vertretern der Mitgliedsstaaten, der Europäischen Kommission sowie von Städten – einzurichten. EUROCITIES hatte zusammen mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ein Vorschlagsrecht, Kommunen zur offiziellen Beteiligung an den Partnerschaften vorzuschlagen. Inzwischen haben die Partnerschaften zu den Themen „Integration von Migranten und Flüchtlingen“, „Luftqualität“, „Wohnungswesen“ und „städtische Armut“ ihre Arbeit aufgenommen. Die Partnerschaften zu den Themen „Beschäftigung und Qualifizierung“, „Kreislaufwirtschaft“, „Digitalisierung“ und „städtische Mobilität“ haben sich konstituiert. Ziel ist es, innerhalb der nächsten drei Jahre Vorschläge zu erarbeiten, inwieweit die Politik der Europäischen Union besser auf die Bedürfnisse der Städte abgestimmt werden kann. EUROCITIES wird den Prozess umfassend begleiten. In den verschiedenen thematischen Foren von EUROCITIES sollen in den nächsten drei Jahren die Fortschritte der Reform der europäischen Politik kritisch diskutiert werden. Darüber hinaus wurde die Arbeitsgruppe Urbane Agenda eingerichtet, die sich mit deren strategischen Ausrichtung

befassen wird.

Neben der Umsetzung der Urbanen Agenda wird sich EUROCITIES verstärkt in die Debatte zur Zukunft der Europäischen Union einbringen. Auftakt bildete der Gipfel europäischer Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zum Thema „Tackling Rising Populism and Euroscepticism“ am 7. März 2017 in Brüssel. Bei der Veranstaltung standen die Polarisierung der europäischen Politik und der zunehmende Populismus im Vordergrund. Ferner wurde debattiert, wie man Europas Bürgerinnen und Bürger verstärkt in den politischen Prozess der EU einbinden kann.

Thematisch wird das Netzwerk in den nächsten Jahren Beiträge zu folgenden fünf strategischen Themen der Stadtentwicklung entwickeln:

- Städte als Wachstumspole und Zentren der Beschäftigung,
- Soziale Kohäsion und Kreativität,
- Nachhaltigkeit und Gesundheit,
- Smarte Lösungen sowie
- Innovationen und Governance.

2.1. Mitwirkung der Stadt an EUROCITIES-Stellungnahmen

Auch 2016 hat EUROCITIES zu wichtigen europäischen Politikthemen Stellung genommen, um die Interessen der Großstädte Europas gegenüber den europäischen Organen, v. a. der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, zu vertreten. Die Liste der Stellungnahmen ist als Anlage 3 der Bekanntgabe beigefügt.

Hier wird nur auf einzelne Berichte exemplarisch eingegangen.

Stellungnahme zu öffentlichen Beihilfen und zur kommunalen Daseinsvorsorge

Städte spielen eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Daseinsvorsorgeleistungen. Dabei sind sie häufig mit dem komplexen EU-Beihilferecht konfrontiert.

EUROCITIES fordert, dass die Beihilferegeln weiter vereinfacht und flexibler angewendet werden können, um den Städten auch weiterhin die Erbringung hochwertiger Leistungen zu ermöglichen. Besonders wichtig ist hierbei die Schaffung von Rechtssicherheit bei der Anwendung des Beihilferechts. Um die Kommunen beim Verwaltungsaufwand zu entlasten, empfiehlt EUROCITIES, die Melde-, Veröffentlichungs- und Aufzeichnungspflichten auf das Notwendige zu beschränken. Im Hinblick auf größere Städte mit entsprechend höheren Fördersummen fordert EUROCITIES, die Schwellenwerte für Ausnahmestatbestände zu erhöhen.

Stellungnahme zu Asyl

EUROCITIES betont, dass die Städte in den europäischen Ankunfts-, Transit- und Zielländern eine zentrale Position bezüglich der sozialen, humanitären und finanziellen Herausforderungen innehaben. Die Städte nehmen eine spezielle Rolle ein, was die Garantie von

grundlegendem Schutz von Asylantragstellenden, die Aufnahme und die Entscheidungen über die Asylantragstellungen und dem damit zusammenhängenden Flüchtlingsstatus betrifft, aber auch bezüglich der Integration von Neuankömmlingen in die Gesellschaft. Die Städte sind auch der Ort, wo Flüchtlingen Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (CEAS) erstellt die EU-Kommission zur Zeit vier neue Richtlinien:

- Aufnahmerichtlinie,
- Qualifikationsverordnung,
- Asylverfahrensverordnung sowie
- Rückführungsrichtlinie.

Stellungnahme zum Fahrrad-Verkehr

Auf Anfrage von EUROCITIES brachte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Oktober 2016 zusätzliche Münchner Perspektiven in die Stellungnahme zum Entwurf einer EU-Radverkehrsstrategie ein. Dabei wurden die EUROCITIES-Stellungnahme zur EU-Strategie im Wesentlichen um drei Aspekte ergänzt. Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass das Radfahren nicht allein als nachhaltiges städtisches Verkehrsmittel betrachtet und geplant werden sollte, sondern als ein Element eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilitäts-Mixes für gesamte Stadt- und Metropolregionen. Radverkehr wird gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden Elektrifizierung - immer mehr stadtgrenzenübergreifend genutzt, weshalb eine Radinfrastruktur über die Stadtgrenzen hinaus reichen und mit Zentren des Umlandes eine optimale Vernetzung herstellen muss. Dies unterstützt nachhaltige Formen des Pendlerverkehrs. Hier kommt bereits der zweite ergänzte Aspekt ins Spiel: Um weitere Strecken - beispielsweise beim Arbeitspendeln - auf zwei Rädern zurückzulegen, werden oft Pedelecs genutzt. Damit diesen sowie den schnell fahrenden „konventionellen“ Radfahrern ein schnelles und effizientes Erreichen ihrer Ziele ermöglicht werden kann, sind Radschnellwege, die höhere Geschwindigkeiten durch Streckenführung, Kreuzungsfreiheit, etc. erlauben, sinnvoll. Radschnellwege als Element einer städtischen und regionalen Radverkehrsinfrastruktur sollten daher in einer EU-Radverkehrsstrategie eine prominente Rolle spielen. Von Seiten der EU sollte eine Unterstützung beim Aufbau dieser Radverkehrsinfrastruktur erfolgen. Schließlich wurde in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die Mitnahme von Fahrrädern im Öffentlichen Verkehr gefördert werden sollte.

Stellungnahme zur Kreislaufwirtschaft

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München beteiligte sich an den EUROCITIES-Stellungnahmen zur geplanten Revision des europäischen Kreislaufwirtschaftsgesetzpakets. Die Positionen der kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe in Europa lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Einstellung der Deponierung sämtlicher biologisch abbaubarer sowie stofflich und

- thermisch verwertbarer Abfälle, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren.
- Definition des Begriffs „Siedlungsabfall“ im Einklang mit der entsprechenden OECD-Definition nur anhand von qualitativen, nicht quantitativen Kriterien, um Kleingewerbeabfälle nicht von den Recyclingzielen auszuschließen.
 - Aufnahme einer Bestimmung zur verpflichtenden Zertifizierung von Recyclinganlagen, um eine hochwertige Weiterverarbeitung zu sichern und eine missbräuchliche Anwendung der Berechnungsmethode durch Umdeklarierung von Verfahrensschritten zu unterbinden.
 - Zeitnahe Anpassung der Ökodesignrichtlinie sowie der europäischen Eco-Label-Bestimmungen, um die Reparierbarkeit und das Recycling von Produkten zu verbessern und Verbrauchern eine bewusste Auswahl ressourcenschonender Alternativen zu ermöglichen.
 - Einrichtung und Förderung einer Wissensplattform der europäischen Kreislaufwirtschaft für den Austausch von Best-Practice-Beispielen zwischen allen Mitgliedsstaaten, besonders auf regionaler und kommunaler Ebene.

2.2. Mitarbeit in EUROCITIES-Foren und Arbeitsgruppen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die derzeitigen Aktivitäten der städtischen Referate in den Foren und Arbeitsgruppen (AG) gegeben (s. Anlage 4). Die Arbeitsgruppen treffen sich in der Regel zwei- bis dreimal jährlich in wechselnden Städten. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt jedes Treffens ist die Besichtigung von erfolgreichen Projekten vor Ort. Ferner informieren die Arbeitsgruppen über die jeweils relevanten politischen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Ziel der Arbeitsgruppen ist es, einen Erfahrungsaustausch der Expertinnen und Experten vor Ort zu initiieren und damit zu einer Weiterentwicklung der kommunalen Politik beizutragen. Durch Beispiele wird gezeigt, wie München von der Mitarbeit profitiert und auf welchen Gebieten die Referate besondere Verantwortung für die Leitung von Arbeitsgruppen übernommen haben. Im vergangenen Jahr waren v. a. das Sozialreferat, das Kreisverwaltungsreferat sowie das Referat für Gesundheit und Umwelt aufgrund personeller Engpässe gezwungen, ihr Engagement im Netzwerk und ihre Mitarbeit bei Arbeitsgruppen zu reduzieren.

2.2.1. Kulturforum

Das Kulturreferat vertritt die Landeshauptstadt München im Kulturforum von EUROCITIES. Die Arbeit des Kulturforums und seiner Arbeitsgruppen haben hohe Relevanz für München, denn die nachhaltig angelegten Münchner Konzepte und Projekte, beispielsweise zur kulturellen Bildung, zur internationalen Kulturarbeit, zur interkulturellen Öffnung sowie zur Kreativwirtschaft weisen z. T. große Schnittmengen mit den in den Arbeitsgruppen behandelten Diskussionen und Projekten auf. Gleichzeitig dienen die Arbeitsgruppen dem regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch über die laufende Arbeit in

den einzelnen Städten.

Kulturforum in Eindhoven und s'-Hertogenbosch (März 2016)

Die Schwerpunktthemen des diesmal in zwei Städten realisierten Kulturforums im Frühjahr 2016 waren „Technologies as a game changer for culture – connections between art, science and technology“ (Eindhoven) sowie „Eventfulness – Cities, enterprises and research institutes working together to share the heritage of Jheronimus Bosch“ (s'-Hertogenbosch)

Arbeitsgruppe „Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern“

In der Arbeitsgruppensitzung in Eindhoven wurde der Bericht zur 17. Biennale junger Künstlerinnen und Künstler im Mittelmeerraum (mediterranea 17) vorgestellt und diskutiert, ebenso wie das Programm „Movin' up“, ein italienisches Förderprogramm für die Mobilität italienischer Künstler/innen von Seiten des Ministeriums für Kulturerbe und Tourismus. Außerdem berichtete der Leiter der Arbeitsgruppe über die Studie „Artistic Mobility: Views from European Cities and Artists“, die in Kooperation mit der Arbeitsgruppe entstanden war und im September 2016 veröffentlicht wurde. Die Studie gibt einen aktuellen Überblick zu Angeboten, Bedürfnissen und Herausforderungen hinsichtlich der Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern in Europa und soll dazu beitragen, die Dringlichkeit des Themas bewusst zu machen und, wo nötig, kulturpolitische Strategien entsprechend anzupassen.

Die Arbeitsgruppe wurde beim Kulturforum in Oulu (Oktober 2016) aufgelöst.

Kulturforum in Oulo (Oktober 2016)

Das zweite Kulturforum in 2016 fand in Oulu im Norden Finnlands statt. Dieses dreitägige Treffen war dem Thema „Kulturelle Bildung und Kultur für Kinder“ gewidmet. Wie üblich stellte die gastgebende Stadt Beispiele dazu vor, die als Input für einen regen Informationsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmer dienten. Als Ergebnis der Diskussionen wurden eine Reihe von Empfehlungen für Kulturelle Bildung ausgesprochen, die mit einer Sammlung innovativer Praktiken und Methoden, darunter auch die Spielstadt Mini München, ergänzt wurde.

In Oulo wurde die Arbeitsgruppe „öffentliche Kunst“ gegründet. Sie bietet ein Austauschforum für gelungene Beispiele, den öffentlichen Raum durch permanente oder zeitlich begrenzte Kunstobjekte aufzuwerten. Die Stadt Turin hat sich bereit erklärt, die Leitung der Arbeitsgruppe zu übernehmen.

Arbeitsgruppe Jugend und Kultur

Das Kulturreferat nimmt weiterhin aktiv an den Sitzungen der Arbeitsgruppe Jugend und Kultur teil. Die Gruppe hat fünf zentrale Herausforderungen identifiziert, denen Stadtverwaltungen im Bereich der Kulturellen Bildung in den nächsten Jahren begegnen müssen

und wollen:

- Die zunehmende Digitalisierung, mit der die Generation der „digital natives“ selbstverständlich aufwächst, die aber Pädagoginnen und Pädagogen vor neue Herausforderungen stellt;
- die demographische Veränderung, die dazu führt, dass insbesondere die Altersgruppe der U-20-Jährigen deutlich vielfältigere kulturelle Hintergründe einbringt;
- die Herausforderung für Kultureinrichtungen, neues Publikum zu generieren und junge Menschen an sich zu binden;
- die Herausforderung ressortübergreifenden Denkens und Handelns im Bereich der kulturellen Bildung sowie
- die Herausforderung zurückgehender Ressourcen bei gleichzeitig wachsenden Aufgaben.

Ein erster Erfahrungsaustausch zu den Strategien, mit denen die Städte diesen Herausforderungen begegnen, hat 2016 stattgefunden. Dabei zeigte sich, dass die Landeshauptstadt München in einigen Bereichen (beispielsweise interkulturelle Öffnung und Fortentwicklung) bereits auf einem guten Weg ist, während sie in anderen Bereichen (Digitalisierung) von anderen Partnern, beispielsweise in den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern noch vieles lernen kann. Dies gilt sowohl für den Bereich der strategischen Fortentwicklung (Fortschreibung der Konzeption Kulturelle Bildung) als auch für die konkrete Umsetzungsebene (Anregungen für die Fortentwicklung der online-Plattform Musenkuss).

Arbeitsgruppe Kreativwirtschaft

Die Arbeitsgruppe traf sich 2016 nur einmal am Rande des Kulturforums im Oktober in Oulu. Anhand von Vorhaben aus der erfolgreichen Kreativwirtschaft vor Ort – beispielsweise der gerade entstehende Oulu Game Campus, eine Kooperation von Universitäten und Gaming-Unternehmen – entwickelte sich ein Wissensaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Ergänzend wurden Richtlinien und Praktiken der Kreativwirtschaft in Finnland, aber auch auf der lokalen Ebene in Oulu, präsentiert.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Fortführung der Arbeitsgruppe, da sich die Zwitterstellung der Arbeitsgruppe zwischen dem Forum Wirtschaftsentwicklung einerseits und dem Kulturforum andererseits als schwierig herausstellte. Es wurde erörtert, wie mit neuen Ideen die Arbeitsgruppe revitalisiert, neue Mitglieder angeworben können und innovativer Inhalt entwickelt werden kann. Als Ergebnis wurde vereinbart, ein Konzept zu entwerfen, das anschließend mit den Mitgliedern weiter entwickelt wird. Weiterhin wurde vorgeschlagen, als Vernetzungsgrundlage unter den Arbeitsgruppenmitgliedern ein Portfolio von Kurzbeschreibungen über die Situation der Kreativwirtschaft in den Mitgliederstädten zusammenzutragen. Für 2017 sind folgende Schwerpunkte geplant:

Entwicklung von lokalen Partnerschaften zwischen Städten, Kulturschaffenden, Sponsoren sowie Bürgerinnen und Bürgern.

2.2.2. Wirtschaftsforum

An dem Forum Wirtschaft hat 2016 das Referat für Arbeit und Wirtschaft teilgenommen. 2016 wurde aktiv in der Arbeitsgruppe Unternehmertum mitgearbeitet.

Arbeitsgruppe Unternehmertum

Schwerpunkt des Treffens im Herbst 2016 bildete die Migrantenökonomie. Die Europäische Kommission präsentierte auf der Tagung das von ihr veröffentlichte Handbuch zur Migrantenökonomie, in dem bewährte Maßnahmen zur Förderung des Sektors evaluiert und beschrieben werden.

Beim Treffen des Forums im Herbst in Stockholm wurde dem Referat für Arbeit und Wirtschaft Gelegenheit gegeben, innovative Ansätze zur Integration von Migranten in Ausbildung und den Arbeitsmarkt vorzustellen. Grundlage bildet das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, das eine Vielzahl von Maßnahmen beinhaltet, die auf individuelle Bedürfnisse und Lebenssituationen abgestimmt sind. Ferner nutzen die teilnehmende Städte die Gelegenheiten, sich über die von dem Urban Innovative Actions Programm eingereichten Projektideen zur Integration von Migrantinnen und Migranten sowie zur Armutsbekämpfung auszutauschen.

Das Wirtschaftsforum wird sich 2017 folgenden Themen widmen:

- Förderung von Beschäftigung auf der lokalen Ebene
- Förderung von Innovationen unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Vergabewesens
- Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen
- Stärkung von Wachstumssektoren
- Ferner soll die Bedeutung langfristiger kommunaler Investitionstätigkeiten hervorgehoben werden

Die Aktivitäten sollen einen Beitrag zur Ausgestaltung der Urbanen Agenda liefern. Umgekehrt werden auch europäische Entwicklungen im Rahmen der Arbeit des Forums analysiert und von EUROCITIES eingebracht. Die Stadt Wien, die 2017 / 2018 das Forum leitet, beabsichtigt, sich verstärkt dem Thema kollaborative Wirtschaft zu widmen.

Arbeitsgruppe Kohäsionspolitik

Die Arbeitsgruppe Kohäsionspolitik beschäftigt sich mit den ersten Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Ausgestaltung der zukünftigen EU-Förderprogramme. Hier gilt es sicher zu stellen, dass auch in der Zukunft Städte von der europäischen Förderpolitik profitieren können. Bis zum Juni 2017 wird daher für die entsprechende Konsultationsveranstaltung der Europäischen Kommission („Kohäsionsforum“) eine EUROCITIES-Stellungnahme erarbeitet werden, die die Rolle der Städte bei der Umsetzung der EU-Politik

unterstreicht.

Ziel der Bemühungen von EUROCITIES ist es, die Inanspruchnahme der EU-Förderung so einfach wie möglich zu machen. Dafür setzt sich EUROCITIES in der entsprechenden Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission ein. In einem ersten Schritt wurden die EUROCITIES-Mitgliedsstädte 2016 aufgefordert, ihre bisherigen Erfahrungen bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln darzustellen und auf Probleme bei der Umsetzung von von der EU geförderten Projekten hinzuweisen. An diesem Erfahrungsaustausch nahm auch das Referat für Arbeit und Wirtschaft teil. Dabei zeigte sich, dass oftmals europäische Regelungen durch zusätzliche Anforderungen der Mitgliedsstaaten (sog. „Gold Plating“) erschwert werden.

2.2.3. Umweltforum

Das Referat für Gesundheit und Umwelt vertritt die Landeshauptstadt München im Umweltforum von EUROCITIES. 2016 tagte das Forum im April in Utrecht und im Oktober in der „Grünen Hauptstadt Europas 2016“, Ljubljana.

Die Sitzung in Utrecht stand unter dem Titel „Healthy Urban Living“. Eine Teilnahme seitens des RGU erfolgte nicht. Die Sitzung in Ljubljana fand unter dem Titel „Transition towards Circular Resilient Cities“ statt. Das RGU berichtete dort über seine Erfahrungen aus dem Twinning Project mit der Stadt Prag, das Klimaanpassung zum Inhalt hatte.

Arbeitsgruppe Lärm

Im September 2016 war das Referat für Gesundheit und Umwelt Gastgeberin der Arbeitsgruppe Lärm. Schwerpunktthemen waren die Mitwirkung bei der weiteren Entwicklung der EU-Vorschriften (u. a. bei der Evaluierung der bestehenden Regelungen), der Einsatz lärmarmen Reifen, die Lärmreduzierung durch Verhaltensänderungen und der Erfahrungsaustausch zu Lärmkartierung und -aktionsplanung. Hierbei wurden insbesondere die unterschiedlichen Vorgehensweisen in den anwesenden Städten diskutiert. Des Weiteren wurde auch eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Luftqualität / Klimawandel / Energieeffizienz angeregt, um Zielkonflikte zwischen Luftreinhaltung und der Verringerung von Lärmimmissionen zu diskutieren. Die Münchner Aktivitäten zum Lärmschutz wurden im Rahmen einer Ortsbegehung in Pasing (Pasinger Marienplatz, Landsberger Straße, Nordumfahrung Pasing, Pasing Arcaden) vorgestellt. An der Sitzung nahmen 27 Expertinnen und Experten aus 20 europäischen Städten bzw. Institutionen aus 10 Ländern teil.

Für 2017 legt EUROCITIES die Schwerpunkt auf

- die Förderung erneuerbarer Ressourcen durch die Städte,
- kommunale Initiativen zur Verbesserung der Luftqualität und
- innovative Transportdienstleistungen.

Arbeitsgruppe Abfall

Auch 2016 stand die Begleitung des Europäischen Kreislaufwirtschaftspakets im Vorder-

grund der EUROCITIES-Arbeit der AG Abfall. Seit Dezember 2015 waren intensive Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission, Parlamentarierinnen und Parlamentariern und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie vielen anderen Akteuren der zukünftigen europäischen Kreislaufwirtschaft nötig, um eine gemeinsame Diskussionsgrundlage für die Mitgliedsstädte der Arbeitsgruppe zu schaffen.

Im Januar fand die erste Sitzung der Arbeitsgruppe statt, bei der eine gemeinsame Stellungnahme zum Kommissionsentwurf erarbeitet wurde. Im Anschluss daran präsentierten die Mitgliedsstädte der AG ihre Vorstellungen auf einer von Municipal Waste Europe (mwe) und EUROCITIES organisierten Konferenz mit mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Brüssel. Der hier begonnene intensive Dialog wurde anschließend über das ganze Jahr hinweg teilweise in Einzelgesprächen fortgesetzt. Zu diesem Zweck organisierten die Brüsseler Büros des Verbands Kommunaler Unternehmer e. V. (VKU), von EUROCITIES und des mwe ein umfangreiches Besuchsprogramm im Europaparlament.

Das Kreislaufwirtschaftspaket wurde an das EU-Parlament (Umweltausschuss) zur Beratung weitergegeben. Die zuständige Berichterstatterin hat ihren Bericht Ende Mai 2016 veröffentlicht und durch die vorangegangene Lobbyarbeit konnte der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) einige seiner Positionen und Vorschläge schon erfolgreich einbringen.

Im Juni 2016 fand ein Treffen in Oslo statt, bei dem über die Vorlage der Berichterstatterin diskutiert wurde. Die dabei abgestimmte Stellungnahme bildete die Grundlage für weitere Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des EU-Parlaments.

Im Oktober 2016 fand die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe in Ljubljana statt. Bei dieser Sitzung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von EU-Kommissionsmitarbeitern über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum Kreislaufwirtschaftspaket und über das geplante weitere Vorgehen informiert. Auch 2017 wird die Begleitung des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets den Schwerpunkt der Arbeiten der Arbeitsgruppe bilden.

2.2.4. Forum Soziales

Zentrales Thema der Forumsveranstaltung in Athen (Oktober 2016) war die aktuelle Flüchtlingssituation und die Integrationspolitik in den europäischen Städten. Große Herausforderungen aber auch Chancen sind nach wie vor die Aufnahme und Unterbringung sowie die Integration der geflüchteten Menschen. Bezahlbaren Wohnraum für Alle zu schaffen wird perspektivisch als eine der wesentlichsten Aufgaben betrachtet. Entsprechend wurde das Urban Innovative Action Programm (UIA) hervorgehoben. Die Städte, die für die UIA-Projekte ausgewählt wurden, sind alle in der Arbeitsgruppe Migration und Integration vertreten. Der Wunsch nach einem Austausch zwischen den Städten wurde

insbesondere von Wien und Utrecht formuliert. Auf Vorschlag Athens hin wurde die Initiative „Solidarity Cities“ mit viel Medienaufmerksamkeit gestartet. Ziel ist der Aufbau eines Netzwerks von solidarischen Städten, die gemeinsame Verantwortung übernehmen. Die Initiative basiert auf folgenden Bausteinen:

- Informations- und Wissensaustausch über die Flüchtlingssituation in den Städten,
- Einsetzen für eine bessere Beteiligung und direkte Finanzierung der Städte bezüglich Aufnahme und Integration von Flüchtlingen,
- gegenseitige technische Unterstützung und Verbesserung der Verwaltungsleistung sowie
- Versprechen, Flüchtlinge aus Rückführungsprogrammen aufzunehmen.

Speednetworking: Strategische Öffentlichkeitsarbeit im Umfeld von geplanten Flüchtlingsunterkünften

Im Rahmen des Speednetworking präsentierte München seine Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem Ankommen von Flüchtlingen. Ziel war es, Erfahrungen mit anderen Städten auszutauschen und dabei von anderen Städten zu lernen, welche Erfahrungen auf diesem Feld bereits gemacht wurden.

Die Öffentlichkeitsarbeit zielt darauf ab, Konflikte in der Stadtgesellschaft in Bezug auf die Flüchtlinge zu lösen oder zu entschärfen, so dass sich die geflüchteten Menschen in München in Ruhe in die Stadtgesellschaft integrieren können. Die Landeshauptstadt München hat dafür ein Ablaufschema mit mehreren Bausteinen entwickelt.

Als Fazit können folgende Punkte zusammengefasst werden:

- In allen Städten gibt es gleichermaßen Sorgen, Ängste, Unsicherheiten in der Bevölkerung gegenüber neuen Flüchtlingsunterkünften.
- Überall gibt es Bedarf für eine gut geplante und durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit/transparente Information, um die Bürgerschaft mitzunehmen.
- Es gab großes Interesse am Münchner Vorgehen und an den umfangreichen Erfahrungen bei der Flüchtlingsunterbringung.
- Das Vorgehen ähnelt sich im Großen und Ganzen (Infoveranstaltungen für Anwohnerschaft, Bürgerversammlungen, etc.), bei der Durchführung gibt es im Detail jedoch teils erhebliche Unterschiede.
- Insgesamt war es sehr hilfreich, über den Tellerrand zu blicken, nicht zuletzt um das eigene Vorgehen zu reflektieren und den Blick für die Bedingungen/ Risiken für das Gelingen zu schärfen.
- der Austausch zu Erfahrungen und Ansätzen anderer Stadtverwaltungen bestätigte, dass der von der LHM hier eingeschlagene Weg richtig und notwendig ist.

Arbeitsgruppe Migration und Integration

Das Projekt CITIES GROW (Integration of migrants through economic activity in cities) wurde im Oktober bewilligt. Koordiniert wird es durch EURO CITIES. München arbeitet im

Rahmen des Projektes dabei eng mit Athen zusammen. Mit Hilfe des Programms sollen pragmatische und effiziente Maßnahmen erprobt und europaweit etabliert werden, die zu einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt und die Stadtgesellschaft führen.

Von der Arbeitsgruppe wurden folgenden zwei Berichte zur Integration von Flüchtlingen 2016 erarbeitet:

- Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und
- Integration von Flüchtlingen durch Bildung.

An beiden Berichten hat das Sozialreferat mitgearbeitet

Arbeitsgruppe Beschäftigung

Dem Sozialforum ist auch die Arbeitsgruppe Beschäftigung zugeordnet, an der das Referat für Arbeit und Wirtschaft mitarbeitet.

Aufbauend auf der 2015 von EUROCITIES veröffentlichten Deklaration zur Arbeit auf der lokalen Ebene wurden 2016 ein entsprechender interkommunaler Erfahrungsaustausch organisiert. Hierzu fanden zwei Treffen in Madrid und Barcelona statt, an denen jeweils das Referat für Arbeit und Wirtschaft vertreten war.

Für das Treffen in Madrid wurde das Referat ausgewählt, als Experte zusammen mit 14 anderen Europäischen Städten (Barcelona, Berlin, Bristol, Gent, Gijon, Lissabon, Lyon, Madrid, Malmö, Milan, Newcastle, Stockholm, Tiflis, Timisoara) seine Erfahrungen auf dem Gebiet der Integration von Langzeitarbeitslosen einzubringen.

Dabei wurden gemeinsam übertragbare Schlussfolgerungen aus den lokal gesammelten Erfahrungen abgeleitet und Empfehlungen entworfen. Diese bilden die Grundlage für das Arbeitsprogramm 2017 der EUROCITIES Arbeitsgruppe.

An den Austausch in Madrid schloss sich direkt das Treffen der Arbeitsgruppe in Barcelona an, das den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Stadtbezirken mit engen Kooperationen von sozialen Einrichtungen hatte.

Das Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe wird sich 2017 folgenden Themen widmen:

- Beschäftigung der Jugendlichen,
- Entwicklung von Qualifizierungen und Maßnahmen gegen Qualifikationsmissverhältnissen sowie
- Kooperationen mit Unternehmen als Arbeitgeber.

Arbeitsgruppe Inklusion durch Bildung

In der EUROCITIES Arbeitsgruppe Inklusion durch Bildung wird die Stadt München durch das Referat für Bildung und Sport vertreten. Das übergeordnete Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die (soziale) Inklusion durch Bildung zu fördern und sich für mehr Bildungsgerechtigkeit einzusetzen. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten identifiziert und erprobt werden, die Kinder und Jugendliche befähigen, ihre Schulbildung mit einer Qualifikation abzuschließen. Zudem soll der Übergang zwischen dem Bildungssystem und dem Arbeits-

markt verbessert werden.

Von besonderer Bedeutung ist die frühkindliche Betreuung und Bildung

- für die künftige Schulbildung;
- für die Erhöhung des Interesses junger Menschen für die Berufsbildung;
- für die Integration junger Menschen (U25) in das Bildungssystem.

Damit soll ihnen eine Ausbildung ermöglicht werden. Zur gleichen Zeit vermeidet man, dass sie in einem Zustand der Entfremdung enden. Ein weiteres Ziel ist die Verringerung der Zahl der Schulabbrüche.

Geprägt sind die Tagungen von einem tiefgehenden fachlichen und umfassenden Austausch, der u. a. durch die sog. Critical Friend Review (CFR) Methodik ermöglicht wird. Dieser systematische Ansatz kommt im Rahmen der Studienbesuche, die fester Bestandteil der Tagungen sind, zum Einsatz und bindet die besuchenden wie die gastgebenden Expertinnen und Experten der teilnehmenden Städte aktiv mit ein. Somit wird sichergestellt, dass binnen des begrenzten Zeitrahmens gut fundierte Erkenntnisse gewonnen und vielfältige Erfahrungen ausgetauscht werden können. Dieser Ansatz wird stetig von einer Kerngruppe, in der das Pädagogische Institut des Referats für Bildung und Sport vertreten ist, weiterentwickelt. Das dabei entstandene CFR-Handbuch steht allen Partnerstädten zur Verfügung und kann die effiziente Abwicklung von Studienbesuchen im lokalen Kontext unterstützen.

Die Bildungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund waren der Schwerpunkt der Arbeitsgruppentagung im April 2016 in Leipzig. Es wurden drei separate Studienbesuche organisiert, um jede Phase des Leipziger Bildungssystems zu demonstrieren:

Das Kinder- und Familienzentrum (KIFaZ), in einem der am meisten benachteiligten Stadtteile Leipzigs, bietet Bildung für die ganze Familie mit dem Ziel, die Situation in der umliegenden Nachbarschaft zu verbessern. Dabei stammen mehr als 50% der Kinder aus Familien mit sog. Migrationshintergrund.

Die 16. Schule (Sekundarstufe) hat eine hohe Rate von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern sowie Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Die pädagogische Arbeit zielt darauf ab, alle Kinder und Jugendlichen zu ermutigen, ihre Schulabschlüsse zu erreichen und mit einer Perspektive für die Zukunft die Schule zu verlassen. Das Berufliche Schulzentrum arbeitet mit Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern und anderen schwer zugänglichen Jugendlichen, um möglichst sicherzustellen, dass sie ihre Ausbildung erfolgreich abschließen und/ oder ein Beschäftigungsverhältnis eingehen.

Beim zweiten Treffen im Jahr 2016 tagte die Arbeitsgruppe im November in Göteborg, um die Rolle von Bildung für die Integration von Neuankommenden und Menschen mit Migrationshintergrund zu diskutieren.

Die Teilnehmenden erhielten Einblicke in das schwedische Bildungssystem im Rahmen von drei Studienbesuchen

- in einer Kindertageseinrichtung in einem am stärksten segregierten Stadtteil von Göteborg, wo eine große Mehrheit der Kinder einen Migrationshintergrund haben,
- in ein berufliches Bildungszentrum, das spezielle integrative Maßnahmen in Baubereich anbietet;
- in das Sprachenzentrum Göteborg, das eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Studienberatung sowie unterrichtsunterstützende Maßnahmen durch pädagogische Fachkräfte in mehr als 70 Sprachen anbietet.

Die erste Tagung der Arbeitsgruppe im Jahr 2017 wird voraussichtlich im Mai in Antwerpen stattfinden. Das Thema Schulentwicklung wird dabei im Fokus stehen.

Für 2017 werden weiterhin die Schwerpunkte auf Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge, die Öffnung der Arbeitsmärkte für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen sowie der Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit liegen.

2.2.5. Forum Mobilität

Am Forum Mobilität arbeitete 2016 das Referat für Stadtplanung und Bauordnung aktiv in den Arbeitsgruppen Smarte und vernetzte Mobilität und Transeuropäische Netze / Verkehr mit.

Im Jahr 2016 tagte das Forum Mobilität im März in Münster und im Oktober in Tampere.

Hauptthema der Tagung in Münster war die Knappheit des öffentlichen und des für den Verkehr verfügbaren städtischen Raums, als eine der zentralen Herausforderung an die aktuelle Stadtentwicklung und Verkehrsplanung. Antworten auf die Frage, wie man angesichts der eingeschränkten Verfügbarkeit öffentlichen Raums in den Städten den Stadtverkehr am besten organisieren kann, wurden von den beteiligten Städten zu geben versucht. Neben Ansätzen und Konzepten aus Münster wurden dabei von weiteren Partnern wie Kopenhagen, Oslo und Utrecht aktuelle Planungsbeispiele zu ebenso flächensparenden wie nachhaltigen und emissionsarmen Mobilitätskonzepten vorgestellt. Themen wie Konzepte für autoreduzierte oder autofreie Innenstadtgebiete, Möglichkeiten des Einsatzes von E-Mobilität im Frachtverkehr und der City-Logistik sowie der Verknüpfung von Elektromobilität und Sharing-Konzepten im urbanen Raum wurden in Zusammenhang mit einem Update des „Clean Power for Transport“-Packages der EU-Kommission diskutiert. Es wurde hierbei angeboten, das Konzept des kooperativen Forschungsprojekts „City2Share“, das zum Zeitpunkt des Forums in Münster von einem Konsortium unter Führung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung für das Teilgebiet München beantragt und inzwischen vom Projektträger bewilligt wurde, in einem der nächsten Mobilitätsforen im Plenum oder in der Arbeitsgruppe „Smarte und vernetzte Mobilität“ vorzustellen. In der Arbeitsgruppe Transeuropäische Netze TEN-T stand neben der Präsentation

von Projektbeispielen, die aktuell eine EU-Förderung erhalten haben, die Frage im Fokus, wie man wirkungsvolle Kooperationen an Transeuropäischen Korridoren und in grenzüberschreitenden Regionen organisieren kann, um gemeinsam mittels intensiver Lobby-Arbeit bessere Ergebnisse erzielen zu können.

Das Forum Mobilität tagte in Tampere erstmals gemeinsam mit dem Forum Wissensgesellschaft zum Thema „Die Veränderung der Städte: Die Auswirkungen von Smart-Cities-Strategien auf die lokale Verwaltung“. An den verschiedenen Arbeitsgruppen nahmen über 80 Personen aus 39 Mitgliedsstädten teil. Eine besondere Attraktivität für die Teilnahme ergab sich daraus, dass gleichzeitig die 10. internationale Technologiekonferenz "Mindtrek" stattfand, die weitere interessante Beiträge zu den verschiedensten Facetten der zukünftigen Stadtentwicklung bot.

Tampere gilt heute als Silicon Valley Finnlands. Viele Start-up-Unternehmen haben sich in den ehemaligen Gebäuden der Textilindustrie entlang des Flusses durch die Stadt etabliert.

Die von der Stadtverwaltung verfolgte Umstrukturierung steht unter dem Motto "grow.smart.together" und hat damit große Ähnlichkeit mit den Planungen und Projekten der LH München. So werden nicht nur die zentralen Bahnanlagen mit einem neuen Zentrum überbaut, sondern es wurde auch ein Straßentunnel zur Entlastung der Innenstadt geschaffen und unter der zentralen Einkaufsmeile eine große Tiefgarage gebaut, deren Gestaltung nutzerfreundlich ist und in der die Besetzung vollelektronisch gesteuert wird. Für eine stadtverträgliche Verkehrsabwicklung wird eine Straßenbahn gebaut, die Neubaugebiete mit dem Zentrum verbinden soll.

Von besonderem Interesse ist die Gründung einer Gesellschaft für Förderung des Daten- und Technologieaustausches zwischen Stadt, Wirtschaft und Wissenschaft ("its-factory"), die von den dortigen Universitäten und der Stadt Tampere finanziert wird. Sie bietet eine Plattform zum Beispiel zum Austausch und zur Anwendung von Verkehrsdaten für die Steuerung des motorisierten Individualverkehrs, der Lichtsignalanlagen und des öffentlichen Verkehrs.

Die Stadt Tampere hat im Rahmen der Konferenz auch die Green Digital Charter unterzeichnet und will mit digitalen Pilotprojekten ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren. Nach Aussage der Bürgermeisterin sollen die Bürgerinnen und Bürger Tampere bis 2025 überwiegend digitale Angebote nutzen, um die Bürokratie abzubauen, Energie zu sparen und den Menschen das Leben insgesamt zu erleichtern. Dies ist auch deshalb notwendig, da Tampere auf Grund seiner Attraktivität stark wächst.

Beim gemeinsamen Treffen der beiden Foren wurden die Erfahrungen verschiedener Städte mit neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadtgesellschaft und Verwaltung ausgetauscht. Dazu wurden Beispiele gezeigt, wie durch Sharing-Dienste neue An-

gebote für Städte bzw. Stadtteile geschaffen werden können. Durch die Einführung von gemeinsamen Standards und Datenaustauschplattformen können neue Geschäftsmodelle und Dienste entstehen, die beispielsweise die gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen erleichtern oder den Verbrauch von Energie für die Straßenbeleuchtung reduzieren.

2017 wird das Forum die städtische Dimension im Rahmen der EU-Verkehrsstrategien herausarbeiten und sich verschiedenen Aspekten der nachhaltigen Mobilität widmen.

2.2.6. Dem Exekutiv-Komitee zugeordnete Arbeitsgruppen

2.2.6.1. Arbeitsgruppe Kommunale Daseinsvorsorge

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe bildet die Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament auf dem Gebiet des europäischen Wettbewerbsrechts und der Daseinsvorsorge.

Dabei wird auf die Bedeutung und hohe Qualität der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen hingewiesen und deutlich gemacht, dass die Städte selbst bestimmen möchten, welche Leistungen sie in welcher Form bereitstellen und finanzieren. Auch der Austausch der Mitglieder zu aktuellen europäischen Rechtsproblemen, insbesondere im Bereich des Beihilferechts und der Auftragsvergabe, ist zentrale Aufgabe der Arbeitsgruppe, um zu gegenseitigem Verständnis und Lösungen zu kommen.

Im vergangenen Jahr lag der Schwerpunkt der Aktivitäten auf den geplanten Freihandelsabkommen, dem Beihilferecht und der nachhaltigen Vergabe.

Im Herbst 2016 beschlossen die Mitglieder der AG die Umbenennung der AG in „Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge und öffentliche Beschaffung“. Die Leitung der AG durch die Stadt Nantes wurde bestätigt, München als Stellvertreterin gewählt.

Beihilferecht

Beim Treffen der Arbeitsgruppe im Frühjahr 2016 im belgischen Gent stellte eine Vertreterin der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission verschiedene Beihilfeinstrumente für die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse vor und erläuterte die Sichtweise der EU-Kommission hierzu. Die Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich zu aktuellen, kommunalrelevanten Fragen des Beihilferechts auszutauschen und legten der Kommissionsvertreterin verschiedene Probleme bei der Anwendung des Beihilferechts dar.

Freihandelsabkommen

Die Arbeitsgruppe befasste sich im Jahr 2016 intensiv mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie TiSA. Dazu erarbeitete sie im Mai 2016 eine aktualisierte Version des EUROCITIES-Statements zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Die Stellungnahme wurde an alle relevanten EU-Akteure verschickt. Die Städte fordern, direkt in den Verhandlungsprozess eingebunden zu werden. Ferner verlangen sie eine Folgen-

abschätzung der direkten und indirekten Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf lokaler Ebene durch die EU-Kommission, wobei die Ergebnisse in die Verhandlungspositionen der EU einfließen sollen. Schließlich plädieren sie für die ausdrückliche Herausnahme der Daseinsvorsorge aus dem Anwendungsbereich der Freihandelsabkommen, da die Erbringung dieser Leistungen ansonsten gefährdet ist. Das Europäische Parlament unterstützt diese Forderung ausdrücklich.

Darüber hinaus fordern die Kommunen, dass Regelungen zur öffentlichen Beschaffung und Beihilfe den Rahmen des geltenden EU-Rechts einhalten. Die Schwellenwerte der Vergaberichtlinien sollen beibehalten werden. Es muss weiterhin möglich sein, umwelt- und sozialbezogene Vergabekriterien zu verwenden.

Seit 2016 rückt das Trade in Services Agreement (TiSA) zunehmend in den Fokus der Arbeitsgruppe. Aufgrund der angestrebten weitgehenden Liberalisierung verschiedener Dienstleistungen durch das Abkommen besteht die Gefahr, dass auch kommunale Daseinsvorsorgeleistungen hiervon betroffen sein werden. Künftig wird sich die Arbeitsgruppe mit dem Verhandlungsprozess und den absehbaren Auswirkungen von TiSA verstärkt befassen und versuchen, mit geeigneten Maßnahmen den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Vergaberecht

Im Bereich des Vergaberechts befasste sich die Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge mit der Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien aus dem Jahr 2014 in nationales Recht der jeweiligen Mitgliedstaaten. Hierzu wurde eine Umfrage unter den Teilnehmern durchgeführt, um einen Überblick über den Stand und die Reichweite des neuen Vergaberechts in den Mitgliedstaaten zu erhalten.

Insbesondere die neuen Möglichkeiten im Bereich der nachhaltigen Beschaffung, die neben wirtschaftlichen auch soziale und umweltbezogene Aspekte enthält, wurden im Jahr 2016 thematisiert. Ende November 2016 veranstaltete EUROCITIES hierzu im französischen Nantes ein Seminar. Die Teilnehmer hatten im Rahmen von Workshops die Möglichkeit, Erfahrungen und Best-Practice Beispiele auszutauschen. Städtevertreter stellten unter anderem die erfolgreiche Anwendung sozialer Vergabeklauseln vor, die die Anbieter verpflichten, in bestimmten Bereichen soziale Zwecke zu fördern. Präsentiert wurde beispielsweise auch eine wirksame digitale Überwachung von Arbeits- und Sozialgesetzen im Rahmen städtischer Bauaufträge der Stadt Oslo. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Arbeit der Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge einfließen und weiterentwickelt.

2.2.6.2. Plattform Urbane Agenda

Am 30. Mai 2016 wurde in Amsterdam die Urbane Agenda offiziell durch den informellen EU-Ministerrat eingerichtet. Im Rahmen der Urbanen Agenda werden in den nächsten Jahren auf zwölf strategischen Gebieten europäische Städte gemeinsam mit der Europäischen Kommission und Vertretern der Mitgliedsstaaten aus den jeweiligen Ministerien an

der Fortentwicklung der europäischen Politik mit städtischer Relevanz arbeiten. EUROCI-TIES wird zusammen mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) den Prozess begleiten und Zwischenergebnisse seinen Mitgliedern zur Diskussion stellen. Hierzu wurde die entsprechende Plattform Urbane Agenda eingerichtet. Da die Urbane Agenda eine sehr starke territoriale Ausrichtung hat, werden die bisherigen Arbeitsgruppen mit räumliche Ausrichtung, Kohäsionspolitik, Metropolregionen, integrierte Stadtentwicklung sowie Bürgerbeteiligung („Creative Citizenship“) in die Plattform integriert. Ziel der Plattform ist es, nicht nur die Expertise der EUROCI-TIES-Städte für die konkrete Ausgestaltung der europäischen Politik zu nutzen, sondern auch die EUROCI-TIES-Mitglieder frühzeitig über Neuerungen, die sich aus der Arbeit der Urbanen Agenda ergeben, zu informieren. Die LHM war mit dem Fachbereich Europa an der Ausarbeitung der Position beteiligt und hat die auch in der Konsultation der EU-Kommission dargestellte Position eingebracht.

Auftaktveranstaltung zur Partnerschaft „Lokale Beschäftigungsinitiativen“

Die Landeshauptstadt München wurde von EUROCI-TIES eingeladen, auf der von der Stadt Rotterdam organisierten Veranstaltung „Skilling up for jobs“, das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) vorzustellen. Ziel der Veranstaltung war es, die Rolle der Städte bei der Qualifizierung und Integration in Ausbildung und Beschäftigung zu unterstreichen. Die Veranstaltung leistet einen wesentlichen Beitrag zu den Bemühungen der Europäischen Kommission, mittels Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen im Rahmen der Urbanen Agenda die in den südlichen Mitgliedsstaaten vorherrschende hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Münchner Stadträtin, Frau Dr. Manuela Olhausen, hob dabei die Bedeutung des Programms für die Integration von bestimmten Zielgruppen in den Arbeitsmarkt hervor. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum sozialen Zusammenwachsen auf Stadtteilebene geleistet und gerade den jungen Menschen eine Perspektive gegeben. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Nantes und EUROCI-TIES-Vizepräsidentin, Johanna Rolland, betonte, dass Städte eine wichtige Rolle spielen, die verschiedenen Institutionen zusammen zu bringen, um passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen zu entwerfen, die sowohl auf die Bedürfnisse der Menschen als auch auf die der Unternehmen abgestimmt sind. Der Oberbürgermeister von Rotterdam unterstrich, dass es ihm ein wichtiges Anliegen ist, gerade den Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in wirtschaftlicher Not sind, die Unterstützung der Stadtgesellschaft zukommen zu lassen. Die Vertreterinnen der Städte Malmö und Wien vertraten die Position Münchens und forderten die Europäische Kommission auf, ein Zeichen der interkommunalen Solidarität zu setzen und einen wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer zu leisten, um die Städte in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien bei der Überwindung der aktuellen Krise zu unterstützen.

2.2.6.3. Europäische Nachbarschaftspolitik

München engagiert sich für die Einbindung der Partnerstadt Kiew in europäische Projekte und Netzwerke. So wurde die Stadt Kiew in die EUROCITIES Arbeitsgruppe Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen. Im Jahr 2017 übernimmt die Stadt Wien den Arbeitsgruppenvorsitz, der Co-Chair wird mit Tiflis besetzt. Zusammen mit den anderen Mitgliedsstädten aus Osteuropa, bspw. Eriwan (Armenien), Chisinau (Moldawien) oder Char-kiw (Ukraine) werden in dieser Arbeitsgruppe kommunale Themen, wie Smart Cities oder Nachhaltige Stadtentwicklung, bearbeitet. Die Arbeitsgruppe wird finanziell insbesondere durch die Städte Wien, Nürnberg und München unterstützt. 2016 fand eine Arbeitsgruppen-Tagung in Kiew statt, zu der unter anderem Vertreter der EU-Kommission sowie ukrainische NGO's zum Thema Projekte und Bürgerbeteiligung eingeladen waren. Gemeinsam mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist 2017 eine Tagung zu Governance und Dezentralisierung in der Ukraine geplant.

2.3. EUROCITIES Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung 2016 in Mailand

Die EUROCITIES Jahreskonferenz 2016 stand unter dem Motto "Sharing Economy" (kollaborative Wirtschaft). Sharing Economy basiert auf dem Teilen von Gütern und Dienstleistungen, ermöglicht durch neue technologische Lösungen und soziales Engagement. Die kollaborative Wirtschaft ist ein Überbegriff, der auf eine Reihe von globalen Megatrends wie Crowdsourcing, Crowdfunding, Co-Kreation, gemeinsamem Konsum, Social Media - Anwendungen, Open Data - Lösungen und vielem mehr basiert. Auf der diesjährigen Tagung wurde anhand ausgewählter Beispiele wie Car-Sharing, Untervermietung von Wohnungen wie bspw. durch AirBnB organisiert, alternative Taxidienstleistungen (bspw. durch Uber vermittelt), soziale Aktivitäten wie Tauschringe und alternative Finanzierungsformen sozialer Initiativen vorgestellt und von den teilnehmenden Städten kontrovers diskutiert. Während bestimmte Formen wie beispielsweise Car-Sharing durchwegs positiv gesehen werden, wird gerade die professionelle Untervermietung von Wohnungen von Kopenhagen und Berlin sehr kritisch gesehen, da sie zu einer weiteren Verknappung des Wohnraumes führt. Die Stadt Mailand geht einen anderen Weg. Sie hat mit AirBnB einen Vertrag geschlossen, um auf die Vermietungsaktivitäten steuernd einwirken zu können.

Die EUROCITIES-Preise 2016 gingen an die Städte Saragossa, Athen und Leeds.

Im La Coraborator bietet die Stadt Saragossa Unternehmensgründern und Selbstständigen gemeinsam nutzbare Büroräume befristet an. Im Gegenzug verpflichten sich die Nutzer für mindestens vier Stunden pro Monat, ihre Dienste anderen Mietern von La Coraborator kostenfrei anzubieten.

Die Stadt Athen hat die digitale Plattform SynAthina entwickelt, auf der Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation einreichen können. Die Plattform vermittelt einen direkten städtischen Ansprechpartner, der die Vorschläge prüft und den Bürgerinnen und Bürgern eine Rückmeldung über Realisierungschancen gibt. Die

Plattform hat wesentlich zu einer Stärkung des bürgerlichen Engagements beigetragen. Die Stadt Leeds baute ein Migranten-Netzwerk auf. Das Netzwerk hilft Neuankömmlingen, sich in der Stadtgesellschaft zurecht zu finden und gibt praktische Hilfestellungen beispielsweise bei Fragen die Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zum Arbeitsmarkt betreffen. Ferner können über das Netzwerk Anliegen gegenüber der Stadtverwaltung effektiver vorgebracht werden.

Im Rahmen des Speednetworking stellte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung das EU-Projekt LOS DAMA und seinen Bezug zur Europäischen Strategie für die Alpenregion (EUSALP) vor. Das Referat leitet das Projekt seit November 2016. Das Projekt läuft bis Oktober 2019 und hat das Ziel, die stadtreionalen Grün- und Freiräume im Sinne einer multifunktionalen „grünen Infrastruktur“ in enger Kooperation mit den regionalen Akteuren aufzuwerten. Damit soll die Lebensqualität in den attraktiven, wachsenden Städten der Alpenregion für die Bevölkerung gesichert werden. Die Stadt Mailand wurde anlässlich der EURO CITIES-Tagung eingeladen, sich wie Zürich, Graz, Turin, Ljubljana und Salzburg als Beobachter am Projekt zu beteiligen und Mitglied dieses Netzwerks aus Alpenraumstädten zu werden.

Die Stadt Mailand stellte die Plattform CIVICO vor, über die die Stadt versucht, Crowdfunding für soziale Initiativen zu ermöglichen. Soziale Initiativen können ihre Ideen bei der Stadt einreichen. Eine Initiative wählt herausragende Beispiele aus und ermöglicht eine Darstellung auf der Plattform CIVICO. Die Initiativen haben dann 40 Tage Zeit, 50% des Projektbudgets einzusammeln. Im Erfolgsfall erhalten die Projekte die Finanzierungslücke als Zuschuss der Stadt Mailand. Ferner präsentierte die Stadt Mailand eine Kooperationsvereinbarung mit AirBnB auf dem Gebiet des Medizintourismus und bei großen Festivals.

3. Für 2017 geplante Aktivitäten in Foren und Arbeitsgruppen in München

Das Referat für Bildung und Sport plant für Herbst die AG Inklusion durch Bildung nach München einzuladen.

4. Ausblick

Im Rahmen des Beginns der Umsetzung der Urbanen Agenda hat sich das Städtenetzwerk als wichtigster Interessenverband der großen Städte Europas etablieren können. Die daraus resultierenden zwölf Partnerschaften zu strategischen Interessen der Kommunen bieten die historische Chance, die europäische Politik von unten mitzugestalten. In den kommenden Jahren wird die Landeshauptstadt München versuchen, über das Netzwerk ihre Interessen in der europäischen Politik dauerhaft zu verankern.

Die Vorlage ist mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Referat für Ge-

sundheit und Umwelt, dem Sozialreferat, dem Referat für Bildung und Sport, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Kulturreferat sowie dem Direktorium abgestimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Richard Quaas, und die Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, sowie die übrigen Stadtratsmitglieder der Stadtratskommission Europa haben jeweils einen Abdruck der Bekanntgabe erhalten.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid
2. Bürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z.K.

IV. Wv. RAW - FB 1

zur weiteren Veranlassung.

Zu IV.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Sozialreferat

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

An das Kulturreferat

An das Kreisverwaltungsreferat

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Referat für Bildung und Sport

An den Abfallwirtschaftsbetrieb München

z.K.

Am